

- 94 ■ Die fortschreitende Militarisierung der Polizei, ihre zunehmend flächendeckende Ausstattung mit  
95 Kriegswaffen und mit »weniger tödlichen Waffen« wie z.B. Taser, den Einsatz von Gummigeschos-  
96 sen oder bewaffnetem SEK gegen Demonstrationen lehnen wir ab.
- 97 ■ Die Ausbildung muss sich ändern. Die strenge Separierung in der Ausbildung muss zurückgefahren  
98 werden. So sollte beispielsweise die Polizeiausbildung des gehobenen Dienstes überwiegend in  
99 den allgemeinen Hochschulen und Universitäten erfolgen. Es braucht mehr kritische Polizeifor-  
100 schung und Lehre, sowie eine fortdauernde Evaluation polizeilichen Handelns und der Arbeitssitua-  
101 tion der Beamt\*innen.
- 102 ■ Einrichtung verbindlicher Unterstützungsangebote wie Supervisionen, Fortbildungen zu Diversität  
103 und diskriminierungsfreiem Verhalten sowie psychologische Betreuung, um Beamt\*innen bei der  
104 Bewältigung der praktischen Erfahrungen (sogenannter Praxisschock) zu unterstützen und um das  
105 Erlernen bzw. Verfestigen diskriminierender Einstellungen zu verhindern.
- 106 ■ In der Polizei im Allgemeinen und insbesondere bei Beamt\*innen der geschlossenen Einheiten wie  
107 SEK und BFE muss unter Beachtung der einseitigen subjektiven Diensterlebnisse kontinuierlich  
108 menschenfeindlichen Einstellungen entgegengewirkt werden. Da dies in der Vergangenheit völlig  
109 unzureichend erfolgte, müssen bereits verfestigte menschenfeindliche Einstellungen mit Hilfe von  
110 Studien festgestellt, ehrlich eingestanden und durch geeignete Maßnahmen bekämpft werden. Die  
111 Beamt\*innen in den geschlossenen Einheiten sollen rotieren, um die Herausbildung von Korpsgeist  
112 zu erschweren. Insgesamt wollen wir weniger geschlossene Einheiten und stattdessen eine bür-  
113 gernahe Polizei
- 

## **Antrag:**

## **G.03.**

Antragsteller/innen:

Sozialistische Linke, BAG Frieden und internationale Politik, Kommunistische Plattform; Doris Achelwilm, Cornelia Barth, Dietmar Bartsch, Friederike Benda, Heinz Bierbaum, Ellen Brombacher, Isabelle Casel, Wiebke Diehl, Werner Dreibus, Heike Hänsel, Jonas Christopher Höpken, Ulla Jelpke, Thomas Kachel, Ralf Krämer, Rita Krüger, Oskar Lafontaine, Christian Leye, Marianne Linke, Ulrich Maurer, Zaklin Nastic, Alexander Neu, Kathrin Otte, Victor Perli, Friedrich Straetmanns, Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Sahra Wagenknecht, Andreas Wagner

## **Der Parteitag möge beschließen:**

- 1 **Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!**
- 2 Der Bundestag der Partei DIE LINKE schließt sich dem Aufruf »Nie wieder Krieg! Frieden und  
3 Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!« an, wie er auf der Website [https://nie-wieder-](https://nie-wieder-krieg.org/)  
4 [krieg.org/](https://nie-wieder-krieg.org/) veröffentlicht ist. Er betrachtet die in diesem Aufruf und der Erläuterung dazu formulierten  
5 Positionen und Argumente als eine Grundlage für die friedenspolitischen Aussagen des nächsten  
6 Bundestagswahlprogramms der LINKEN:
- 7 Nie wieder Krieg! Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation!
- 8 Deutschland darf sich an einer Politik der Konfrontation, der Sanktionen und der Aufrüstung nicht  
9 länger beteiligen, sondern muss sich ihr widersetzen und dafür Partner in Europa und weltweit suchen.  
10 Die Nutzung von Militärbasen und anderer Infrastruktur in Deutschland für völkerrechtswidrige Kriege  
11 darf nicht gestattet werden. Wir fordern die Bundesregierung, die Parteien und die Medien in  
12 Deutschland auf, zu einer Politik des Friedens und der Abrüstung, der Entspannung und Verständi-  
13 gung, der Achtung des Völkerrechts, der gemeinsamen Sicherheit in Europa und weltweit zurückzu-  
14 kehren, wie sie der Bundeskanzler und Friedensnobelpreisträger Willy Brandt betrieben hat.

15 Erläuterung:

16 Die Kriegsgefahr steigt weltweit. Der Iran wird unmittelbar mit Krieg bedroht. Die USA und anschlie-  
17 ßend auch Russland kündigten den INF-Vertrag über Mittelstreckenraketen, der START-Vertrag über  
18 die Reduzierung der Langstreckenraketen läuft 2021 aus. Das Ende des Rüstungskontrollsystems  
19 droht. Auch der Weltraum und das Internet werden militarisiert. Neue Technologien wie superschnelle  
20 Raketen, Laserwaffen und autonome Killer-Roboter erhöhen die Kriegsgefahr. Zur Gefahr der  
21 Klimakatastrophe tritt die eines nuklearen Winters.

22 Am 1. September 2019 jährte sich zum achtzigsten Mal der Überfall des faschistischen Deutschland  
23 auf Polen, der Beginn des zweiten Weltkriegs. Fast 80 Millionen Menschen wurden getötet, die  
24 Mehrzahl davon Zivilpersonen. Die mit Abstand meisten Opfer hatten die Sowjetunion und China zu  
25 beklagen. Die Vereinten Nationen zogen 1945 in ihrer Charta die bis heute gültigen Lehren aus den  
26 Weltkriegen: «Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer  
27 Mitglieder. (...) Jeder Staat hat das Recht, seine politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und  
28 kulturelle Ordnung frei zu wählen und zu entwickeln. (...) Alle Mitglieder unterlassen in ihren internati-  
29 onalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit  
30 eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung  
31 oder Anwendung von Gewalt.»

32 Heute herrschen in vielen Ländern erneut Krieg oder Bürgerkrieg, weltweit wächst die Gefahr neuer  
33 Kriege. Krieg ist Hauptursache für Flucht und Vertreibung. Die Grundnormen des Völkerrechts werden  
34 immer wieder und von vielen Staaten verletzt. Deutschland und andere EU-Staaten waren und sind an  
35 Kriegen beteiligt, die militärische Rolle der EU wird fortschreitend ausgebaut. Die massivsten  
36 Völkerrechtsverstöße gehen jedoch seit langem von den USA aus, die ständig in mehrere Kriege  
37 verwickelt sind. Immer wieder wurden diese mit inszenierten Lügen begründet (Tonkin-Zwischenfall,  
38 Brutkastenlüge, Hufeisenplan, Saddams Massenvernichtungswaffen ...). Das US-Militär ist zudem der  
39 größte einzelne Öl-Verbraucher und Umweltzerstörer. In den letzten Jahren setzt die US-Regierung  
40 noch stärker als bisher auf Gewalt und Aufrüstung, eine aggressive Politik und Einmischung in andere  
41 Länder, um weltweit ihre Interessen und ihnen genehme Regime durchzusetzen. Die Rüstungsausga-  
42 ben der USA sind doppelt so hoch wie die von China und Russland zusammen, die der NATO dreimal  
43 so hoch. In den kommenden Jahren sollen sie dramatisch weiter erhöht werden. Russland und China  
44 betreiben Militärpolitik, doch Politik und Massenmedien messen mit zweierlei Maß, wenn sie sie als  
45 die «Bösen» und «den Westen» als die «Guten» darstellen.

46 Gegen Länder wie Kuba, Iran, Venezuela, Syrien, aber auch Russland und China haben die USA  
47 einseitig teils extreme Wirtschaftssanktionen verhängt und verlangen von allen anderen Staaten der  
48 Erde unter Androhung von Strafen, diese ebenfalls zu befolgen. Unabhängig davon, wie die Verhältnis-  
49 se in diesen Ländern beurteilt werden: das ist völkerrechts- und menschenrechtswidrig. Diese  
50 Sanktionen kommen in ihrer zerstörerischen Wirkung unerklärten Angriffskriegen gleich, unter denen  
51 vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden hat, mit vielen tausenden Toten durch Versorgungsmängel bei  
52 Nahrungsmitteln und Medikamenten. Auch Sanktionen der EU sind nicht durch UN-Beschlüsse  
53 gedeckt und stehen politischen Konfliktlösungen im Wege. Die NATO ist zu einem weltweit aktiven  
54 Kriegsführungsbündnis gemacht worden (Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Syrien, Libyen ...). Es geht  
55 dabei nicht um Menschenrechte oder Demokratie, sondern um politische und wirtschaftliche  
56 Machtinteressen. Diktaturen, Terrorregime und Kriegsparteien, die den «Westen» unterstützen, haben  
57 nichts zu befürchten, sondern werden noch mit Waffen versorgt.

### **Begründung:**

Es ist wichtig, dass DIE LINKE mit einer klaren Position im Sinne dieses Aufrufs in der Öffentlichkeit  
und im bevorstehenden Bundestagswahlkampf auftritt und offensiv Druck auf die anderen Parteien  
ausübt. Der Aufruf wurde bereits von einer Vielzahl von Funktions- und Mandatsträger\*innen der  
LINKEN unterzeichnet sowie vielen Personen aus der Friedensbewegung, Gewerkschaften und